



## Das Ende der Fürsorge<sup>1</sup>

Weder die deutsche Bundesregierung in ihrem Bericht über Armut und Reichtum in Deutschland noch die Weltbank und die UNO in ihren Berichten über Armut und Reichtum in der Welt stellen irgendeinen Zusammenhang zwischen beiden Erscheinungen her – außer der Gleichzeitigkeit. In den Anfängen des modernen Kapitalismus wurde der Bedingungs-Zusammenhang zwischen arm und reich dagegen erkannt und offen ausgesprochen. Ebenso anschaulich wie selbstverständlich tut dies etwa zu Beginn des 18. Jahrhunderts Bernard de Mandeville in seiner bekannten „Bienenfabel“.

Danach ist die Gesellschaft gespalten in entbehrungsreiche, fleißige Arme und genussüchtige, korrupte Reiche, die nichts anderes kennen als den Selbstzweck der Selbstbereicherung. Nur durch möglichst großen Luxus und große Verschwendung der Reichen kommt nach Mandeville die Wirtschaft in Schwung. Mit Genuss beschreibt er, wie die korrupten Richter die Waagschale der Justiz weglegen und die Hand aufhalten, wie die Ärzte nicht heilen, sondern viel Geld verdienen – alles zum Wohle von Industrie und Handel.

Dies funktioniert freilich nur, weil der größere Teil der Gesellschaft dieser kapitalistischen Ethik nicht folgt, im Gegenteil. Die armen Arbeitenden müssen spar- und genügsam sein. Nur durch diese Kombination zweier Klassen und Moralen können starke, reiche Nationen entstehen: „Es ist das Interesse aller reichen Nationen, dass der größte Teil der Armen nie untätig sei und sie dennoch stets verausgaben, was sie einnehmen... Diejenigen, die ihr Leben durch die tägliche Arbeit gewinnen, haben nichts, was sie anstattdes zu arbeiten außer ihren Bedürfnissen, welche es Klugheit ist zu lindern, aber Narrheit wäre zu kurieren... Es folgt, dass in einer freien Nation der sicherste Reichtum aus einer Menge arbeitsamer Armen besteht.“ Damit die Armen in ihrer Rolle bleiben, was sie ja nicht aus Überzeugung tun, wird ihnen Brot und Peitsche geboten. Mandeville befürwortete sowohl öffentliche Bordelle wie öffentliche Hinrichtungen.

Mandeville hat die Situation in aller erkenntnismäßigen Unschuld erfaßt: diejenigen, die den Reichtum durch ihre Arbeit schaffen, sollen nur soweit entlohnt werden, dass sie weiterarbeiten können. Es wäre für die Schaffung des gepriesenen kapitalistischen Reichtums fatal, erkennt er, wenn den arbeitenden Armen eine andere Lebensführung zugestanden würde als die der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung. Sonst werden sie frech und aufsässig. Der Reichtum der Reichen ist umso größer je mehr und zu je geringerem Lohn die Arbeitenden arbeiten. Aus diesem Grunde sind sie die Armen und sollen es bleiben. So sind sie die ursächliche Bedingung für die Entstehung von Reichtum und für die Existenz der Reichen.

Mandevilles Einsichten stehen keineswegs alleine da, sie waren eine der theoretisch-moralischen Quellen des modernen Wirtschaftsliberalismus. Für den Klassiker der mo-

---

<sup>1</sup> Auszug aus: Werner Rügemer, arm und reich. Bibliothek dialektischer Grundbegriffe, Band 3. transcript Verlag, Bielefeld 2002. 48 Seiten, 7,60 Euro

dernen kapitalistischen Nationalökonomie, Adam Smith, der sich von dem am Königshof einflussreichen Mandeville inspirieren ließ, war klar, dass die Entlohnung der Arbeiter in keiner Weise irgendeinen gerechten oder sonstwie begründeten Anteil am geschaffenen Wert darstellt, sondern dass er sich allein danach richtet, was die Arbeiter zum unmittelbaren Überleben brauchen und was sie sich unter dem Druck der Polizei und der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gefallen lassen (müssen). Ihnen soll der Unternehmer, der für Smith identisch ist mit dem Reichen, lediglich das allernötigste zugestehen, damit sie arbeiten und nicht umkommen. Es ist, so Smith, „recht und billig, wenn diejenigen, die alle ernähren, kleiden und mit Wohnung versorgen, soviel vom Ertrag der eigenen Arbeit bekommen sollen, dass sie sich selbst richtig ernähren, ordentlich kleiden und anständig wohnen können.“ Smith spricht von den „unteren Schichten“, die aus „Dienstboten, Tagelöhnern und Arbeitern“ bestehen und die „Masse der Bevölkerung eines jeden Landes“ bilden. Für Smith sind die Begriffe „Arbeiter“ und „Armer“ identisch.

Smith illustriert dies weiter durch die untergeordnete Stellung, die die Arbeiter in der Gesellschaft haben: Die Reichen und die Unternehmer haben den Staat und die Gesetze hinter sich, während der Staat nur partiell, zeitweise und umstandsbedingt etwas für die Arbeiter tut. Die Unternehmer sind zwar auf die Arbeiter angewiesen, können aber im Streik sehr viel länger durchhalten, da sie über etwas verfügen, was die Arbeiter nicht oder kaum haben: Vermögen. Dagegen sind die Arbeitenden auf die unmittelbaren Bedürfnisse reduziert. Sie kein Entgelt für ihre Leistung, sondern eine nach jeweiligem Kräfteverhältnis auszuhandelnde, möglichst geringe Überlebensration. Auch geistig, moralisch und kulturell wird ihnen nur eine möglichst billige und einfache Überlebensration zugebilligt.

Reichtums besteht folglich nicht darin, dass man „viel besitzt“, ein hohes Einkommen oder viele Grundstücke hat. Vielmehr besteht Reichtum darin, über das Ergebnis der Arbeit anderer und damit über eine ständige Gewinnquelle verfügen zu können und den anderen Arbeitenden nicht den Gegenwert der Arbeit, sondern nur einen Beitrag zum unmittelbaren Überleben zahlen zu müssen. Dabei ist dieser Beitrag sehr variabel. Er hängt lediglich davon ab, zu welchem Preis der „soziale Friede“ jeweils erkaufte werden muss. Smith hat hier übrigens mit leichter Hand das festgehalten, was viel später Antonio Gramsci und Pierre Bourdieu gegen den großen Trend der bürgerlichen Wissenschaften als „kulturelle Hegemonie“ beziehungsweise als „symbolisches Kapital“ rekonstruierten.

Schon in der Armutsgesetzgebung des frühen englischen Kapitalismus im 17. Jahrhundert tauchte der Begriff „labouring poor“ auf. Er ist das Vorbild für den Mitte des 20. Jahrhunderts in den USA nachgebildeten Begriff „working poor“. Er bewegt sich innerhalb des kapitalistisch-fürsorglichen Verhältnisses der Reichen zu den Armen: die an die Arbeitenden gezahlte Überlebensration reicht ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr aus, um das bisherige Überlebensniveau zu halten. Das bedeutet aber nicht, dass jetzt trotz vorhandener Arbeitsplätze Armut ganz neu entstanden ist, sondern nur, dass bei einem Teil der Arbeitenden ein neues materielles Niveau der Armut entstanden ist, das noch tiefer liegt als das bisherige.

So konnte Marx dann von der „absoluten Armut“ als dem Wesensmerkmal der kapitalistischen Lohnarbeit sprechen. Die Arbeit sei das Nichtkapital; der „allgemeine Reichtum“ existiere von der Arbeit getrennt im Kapital als Eigentum an den Produktionsmitteln, wobei zu diesem Eigentum organisch auch die politische, wissenschaftliche und kulturelle Vorherrschaft gehöre. So bestehen für Marx Armut und Reichtum als „Pol und Gegenpol“ eines in sich widersprüchlichen Ganzen: „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seiten der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert“.

Aber so schlimm sei es ja nicht geblieben, behaupten nun die Verteidiger des heutigen Kapitalismus. Richtig sei zwar, dass in der industriellen Revolution „zunächst“ für große Teile der jetzt rapide wachsenden Bevölkerung „nur Einkommens- und Arbeitsverhältnisse zur Erreichung des Existenzminimums möglich“ gewesen seien. Danach aber und seitdem hätten nur noch „ausbleibende Ernten“ und „durch sie ausgelöste Teuerungskrisen jenes Massenelend begründet, das nach inzwischen herrschender Meinung erst allmählich durch Industrialisierungsprozesse gemildert und schließlich abgebaut wurde: Die Industrialisierung schuf entsprechende Arbeitsplätze...“. So heißt es in einem aktuellen Standardlexikon der Wirtschaft.

Nun ist genau das Gegenteil wahr. Die heutige „Globalisierung“ zeigt dies ebenso wie der Verlauf des Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert. Das absolute Niveau des „Existenzminimums“ hat sich zwar in den zentralen Staaten des Kapitalismus wie insbesondere in Westeuropa, Nordamerika und Japan beträchtlich erhöht, aber es ist erstens immer noch ein Minimum. Das Arbeitsentgelt wurde seitdem ja nirgends qualitativ neu gefasst, etwa in Form eines „gerechten Lohns“ oder eines betriebs- oder volkswirtschaftlich begründeten Anteils am erzielten Gewinn. Eine solche rationale Berechnung des Arbeitsentgelts wird ja gerade von der Seite des Reichtums weltweit verbissen abgelehnt. Nirgends in der kapitalistischen Welt wird der Arbeitslohn in ein nachprüfbares Verhältnis zum Kapitalgewinn gesetzt.

Zweitens entstehen gleichzeitig zur Existenz der Gruppen der Arbeitenden, deren Existenzminimums-Entgelt sich beträchtlich erhöht hat, periodisch neue Gruppen von Arbeitenden, deren Existenzminimum wesentlich niedriger angesetzt wird. Weltweit setzen sich gegenwärtig „die Reichen“ wieder einmal, weil es die Umstände nun erlauben, verstärkt für die großflächige Einführung, gesetzliche Absicherung und staatliche Subventionierung von „Niedriglohnsektoren“ ein. Für die Festlegung der Niedriglöhne wird aber keinerlei neue Berechnungsmethode verwandt. Das ist auch gar nicht nötig, die alte „Berechnungsmethode“ gilt weiter: Die Löhne werden einfach niedriger angesetzt, weiter nichts.

Das wird auch durch die Entlohnung der Arbeit in diktatorischen Regimes bestätigt. Nehmen wir den Nationalsozialismus, übrigens eine Periode extrem schneller und brutaler Modernisierung des Kapitalismus und hoher Gewinnentnahmen. Die Arbeitsentlohnung war äußerst differenziert. Deutsche Arbeiter erhielten Lohn in bisheriger Weise,

freilich unter der generellen Einführung von Lohnstopps. Ausländische Zwangsarbeiter aus westlichen Besatzungsgebieten wie Frankreich und Belgien erhielten einen wesentlich niedrigeren Lohn, aber mit Anteilen der Sozialversicherung. „Ostarbeiter“ erhielten nur eine Art Taschengeld, und die Arbeitssklaven aus den Konzentrationslagern erhielten gar nichts, sie wurden „durch Arbeit vernichtet“. Dieses differenzierte Entgeltgefüge ergab sich ohne jegliche Schwierigkeiten aus dem bisherigen, obwohl es neue Elemente zu enthalten scheint. Die deutschen Unternehmen mussten nichts anderes tun als ihr bisheriges Prinzip anzuwenden, nämlich die jeweilige Überlebensration möglichst tief anzusetzen, so wie es nach Stärke und Schwäche der jeweiligen Gruppe der Arbeitenden eben durchgesetzt werden konnte.

Vom Prinzip nicht anders gehen heute internationale Konzerne vor. In Deutschland zahlen sie den bisher privilegierten Stamarbeitern (noch, teilweise) die beklagten hohen Löhne, noch mit ihrem gesetzlichen Anteil an der Sozialversicherung; an die Beschäftigten in beauftragten Tochterunternehmen wird weniger; an polnische und portugiesische Bautrupps werden Löhne gezahlt, die nicht einmal die Hälfte betragen, und in undemokratischen Staaten zahlen sie schließlich noch niedrigere Niedriglöhne ohne Sozialversicherungsanteile. Kinderarbeit – noch nie, weder im 19. Jahrhundert in Europa noch im 21. Jahrhundert in Brasilien - hatte irgendein Unternehmer Schwierigkeiten, Höhe und Art der Kinderlöhne festzusetzen.

Im 18. und 19. Jahrhundert brachte die Expansion der kapitalistischen Produktionsweise „zunächst“ das Massenelend der Arbeitenden hervor, zugleich auch eine sich beschleunigende „relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee“. Was Marx damals vor allem in England und Deutschland beobachtete, traf in den Expansionsphasen immer wieder zu. „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital,... desto größer die Reservearmee... Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend in umgekehrtem Verhältnis zur ihrer Arbeitsqual steht.“

Dies spielt sich auch heute im Zeichen des autoritären, postmoralischen Globalismus in verschärftem Masse ab, und zwar in den „reichen Industriestaaten“ ebenso wie in „armen Entwicklungsländern“. Die neue Welle großkapitalistischer Durchdringung lässt in West- und Osteuropa, in Afrika, Südamerika die Lebenshaltungskosten steigen, schafft neue Gruppen von Niedriglöhnern ebenso wie neue „Reservearmeen“. Der vorherrschende Typ des finanzkapitalistischen Reichtums, die etwa 63.000 multinationalen Konzerne, die vor allem Banken, Investmentfonds und institutionellen Anlegern gehören, beherrschen 66 Prozent des Welthandels, stellen aber nur fünf Prozent der Arbeitsplätze, und ihr Anteil am Welthandel wächst weiter wie bisher, und der Anteil der regulären Arbeitsplätze fällt ebenso.

Wenn sich Hungerkatastrophen ereignen, dann wird auch heute die Erklärung wie für diese Erscheinung im England des 19. Jahrhunderts in „ausgebliebenen Ernten und daraus resultierenden Teuerungskrisen“ gesucht. So heißt es im oben zitierten Wirtschaftslexikon. Doch das ist heute so falsch wie damals und verleugnet das auch hier wirksame

Verhältnis von arm und reich. „Die Hungersnot trifft nur die Armen“, resümiert der indische Ökonom Amartya Sen. Er hat die Entstehung und den Verlauf von Hungersnöten in Indien, Bangladesch, Äthiopien und in Staaten südlich der Sahara empirisch untersucht. Hungersnöte entstehen nicht wegen Nahrungsmittelknappheit, sondern wegen ungerechter Verteilung und wegen zu geringem Einkommen der Bevölkerung. Hungersnöte in Indien häuften sich schon während der britischen Kolonialherrschaft.

Die Teuerungskrisen entstehen nicht durch ausgefallene Ernten, sondern wegen Verknappung und Preiserhöhungen durch den Nahrungsmittelhandel. Es sind genügend Nahrungsmittel vorhanden – mit der gegenwärtigen Landwirtschaft kann ohne jegliche Umstellung leicht die doppelte Zahl der jetzt lebenden Menschen ernährt werden. Hungersnöte sind auf extrem undemokratische Staaten mit einem extrem untergeordneten Status der Armen konzentriert. Die Regierenden und die Eliten selbst sind nie vom Hunger betroffen, weder damals in England, noch heute in Zentralafrika.

So erweist sich das Glaubensbekenntnis, die Einführung der kapitalistischen Produktionsweise führe „zunächst“ zu einer Entlohnung auf dem Niveau des „Existenzminimums“ und zu Massenelend, danach aber würden „entsprechende Arbeitsplätze“ geschaffen, als mit der tatsächlichen wie mit der logischen Entwicklung als unvereinbar. Im selben Sinne erweist sich das Versprechen, dass möglichst hohe Gewinne zu neuen Arbeitsplätzen führen, als Unwahrheit.

Was zu Beginn des modernen Kapitalismus durch die ersten bürgerlichen Klassiker wie Mandeville, Smith und Hegel und natürlich durch die neue Eigentümerklasse selbst mehr oder weniger offen ausgesprochen wurde, wurde in der Folgezeit unter dem Druck, sich gegenüber Gewerkschaftern, Marxisten, Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und überhaupt gegenüber den wachsenden Demokratie-, Gerechtigkeits- und Menschenrechtsansprüchen zu legitimieren, abgeschwächt, verunklart, abgestritten.

Zu den hier wichtigen Entwicklungen gehört die Entstehung gewisser demokratischer Organisationsformen und Abmilderungen des arm-reich-Gegensatzes in den kapitalistischen Zentren, die aber darauf beschränkt blieben. Diese ansatzweise Demokratie in den Zentren des Reichtums und der Macht (Westeuropa, Nordamerika und neuerdings, wenn auch in noch beschränkterer Masse, Japan) existierte und existiert gleichzeitig und eng verbunden mit diktatorischen und asozialen Organisationsformen in den abhängigen und auf vielfältige Weise verbundenen „Grenzgebieten“. Heute spricht man von Metropolen und Peripherie.

Die Einführung der Demokratie etwa in England und Frankreich war scheinbar widerspruchslos begleitet von der Aufrechterhaltung oder gar neuen Einführung diktatorischer Verhältnisse in den „Grenzgebieten“, insbesondere den Kolonien. Das sich zumindest mit einer Teildemokratie schmückende England hat mit brutalsten Mitteln, die mit Demokratie nicht einmal dem Anspruch nach etwas zu tun hatten, zum Beispiel den ganzen indischen Subkontinent, das ehemals reichste Land der Welt, gnadenlos ausgeplündert und einer bis heute andauernden Unterentwicklung mit Massenarmut ausgeliefert. Gleichzeitig ließ sich England als Mutterland der Demokratie feiern.

Unschwer lässt sich an diesem Muster auch das spätere und das heutige Verhalten der westlichen Demokratien, insbesondere der USA, und der von dort aus operierenden multinationalen Konzerne erkennen: Im Mutterland werden Demokratie, Rechtsstaat und hohe Arbeitslöhne als Systemvorteile beschworen, während gleichzeitig dieselben Akteure in zahlreichen Entwicklungsländern eine bevorzugte Zusammenarbeit mit diktatorischen Regimes praktizieren, korrupte Bereicherungsschlässe alimentieren, wachsende Gruppen von „working poor“ weithin rechtlos und zu Hungerlöhnen beschäftigen.

Würden Umfang, Entstehung und Mehrung des persönlichen wie unternehmerischen Reichtums bekannt sein, würde das weitere ein Grundaxiom der gegenwärtigen Kapital-Demokratien erschüttert und widerlegt werden. Es würde sich zeigen, dass auch die hohen Einkommen nicht auf Arbeitsleistung beruhen. Ob Vorstandseinkommen in Banken und Unternehmen nun das vierhundert- oder 756fache des durchschnittlichen Arbeitnehmer-Einkommens betragen, lässt sich mit Leistung weder in der einen noch in der anderen Höhe begründen, wird ja auch gar nicht zu begründen versucht. Das Prinzip „Einkommen je nach Leistung“ ist zugunsten des Prinzips der größtmöglichen Bereicherung und Selbstbedienung außer Kraft gesetzt. Bekanntlich sind Einkommenserhöhungen und Selbstbedienung des Topmanagements im Niedergang von Unternehmen besonders verbreitet. Hier zählen Blenderqualitäten, kriminelle Energie, korruptive Herbeiführung von Entscheidungen und politischer Filz, während die stoffliche Arbeitsleistung nur eine notwendige, aber nicht entscheidende Voraussetzung ist.

Die aggressive neoliberale Ideologie, die heute vorherrscht, stellt im Prinzip eine Rückkehr zum frühen englischen Wirtschaftsliberalismus dar. Friedrich von Hayek, der mit seiner Parole „mehr Freiheit, weniger Staat“ in seinem Buch „Der Weg in die Knechtschaft“ den entscheidenden theoretischen Anstoß gab, griff auf Mandeville zurück. Man wird aufschlussreiche Parallelen entdecken, wenn man die Mandeville'sche Elite Revue passieren lässt: Ärzte, die nicht als Ärzte handeln, sondern als Kaufleute und deshalb die Kranken nicht heilen, sondern zur Reichtumsquelle umfunktionieren, Advokaten, die das Recht verdrehen, Richter, die die Hand aufhalten, egoistisch-korrupte Politiker. Mandeville hat dies auf eine erfrischend offene Formulierung gebracht, noch bevor er durch die neueren Erkenntnisse über corporate crime, Weisse-Kragen-Kriminalität und legalen Betrug bestätigt werden konnte: „Wie hat's ein solches Land doch gut, wo Macht ganz auf Verbrechen ruht!“

Das Fordern von Seiten der Residualbestände der Arbeiterbewegung an die Adresse der Gegenseite nach Arbeitsplätzen ist ein paradoxes, erstarrtes Ritual. „Wer beschafft jetzt Arbeitsplätze? Der Gegner, der Kapitalist?“ konstatiert Luhmann spitz. Das endgültig erschöpfte Paradox ist aufzulösen durch den Aufbau eigener Arbeitsformen. Da kann auch von den sogenannten Arbeitgebern und vom Staat, auch von Kirchen und sonstwem etwas gefordert werden, was dazu passt. Aber die Arbeitgeber geben keine Arbeit und keine Sicherheit und sie zahlen an die Arbeitenden keinen Gewinn. Lohn und Gehalt sind mehr denn je im Wesen nur Fürsorge, sie sind unsichere und jederzeit widerrufbare Zugeständnisse, genauso wie die durch politischen Druck bewirkte Schaffung von „Arbeits-

plätzen“ durch den Staat nur eine verkappte Form der vor- bzw. nachläufigen Fürsorge sind.

Es ist unter der menschlichen Würde, Freiheit und Möglichkeit, dass die Mehrheit der Lebendigen, gefangen in der Herrschaft des Reichtums, für ewig auf Fürsorge angewiesen sei.

---

[Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik](#)